

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 09 86 846 ppbn d

Inhalt

Werner Staak, Innensenator
von Hamburg, untersucht
die Rolle der Polizei im
politischen Konflikt.

Seite 1-3

Erhard Mahne, Parlama-
ntarischer Staatssekretär
beim Bundesverkehrsmini-
ster, stellt die bundes-
weite Aktion zur Schulweg-
sicherung vor.

Seite 4/5

Horst Seefeld, Vorsitzen-
der des Verkehrsausschus-
ses des Europäischen Par-
laments, fordert eine en-
gere Zusammenarbeit der
europäischen Verkehrspo-
litiker.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 67

8. April 1980

Anders als im Kaiserreich

Die Rolle der Polizei im politischen Konflikt

Von Werner Staak

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Aufgaben einer modernen Polizei in unserem Staat ergeben sich aus dem gesetzlichen Auftrag zur Bekämpfung von Kriminalität und Verkehrsunfallgeschehen. Aufgabe der Polizei ist und kann es heute nicht mehr wie im wilhelmschen Deutschland sein, tiefgreifende und tiefverankerte soziale, ökonomische oder politische Konflikte zu unterdrücken oder "Scheinelösungen" zu Lasten großer Bevölkerungsgruppen im Auftrage der Regierung herbeizuführen. Sie ist nicht, wie in der Vergangenheit, Partei in der Konfliktaustragung, es sei denn, sie nimmt Partei für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung, für die Friedlichkeit der Konfliktaustragung.

Die Konflikte, besonders soziale, ökonomische und politische Konflikte, sind nach meiner politischen Grundüberzeugung unverzichtbare Grundelemente unserer pluralistischen Gesellschaft. Wir würden die Freiheitlichkeit unseres Gemeinwesens abbauen, wollten wir mit staatlichen Machtmitteln die gesellschaftlich bedingte Konfliktvielfalt lösen und unsere Sicherheitsorgane zu Schiedsrichtern gesellschaftlicher, ökonomischer oder politischer Konflikte erheben. Unabdingbare Voraussetzung ist auch, daß elementare Spielregeln dieser Konfliktaustragung von allen beteiligten Gruppierungen akzeptiert werden. Dazu gehört die Friedlichkeit der Austragung und die Respektierung gerichtlicher Entscheidungen, wenn zur Lösung des Konflikts von den Bürgern Gerichte angerufen worden sind.

Wenn die demokratischen Gebote der Friedlichkeit verletzt werden und der Einsatz der Polizei erforderlich wird, gerät die Polizei vielfach in das Spannungsfeld öffentlicher Auseinandersetzungen. Sie wird dann für einzelne Konfliktparteien zu einem Ableiter des Unmuts. Das heißt: Der Polizei wird häufig bei öffentlichen Auseinandersetzungen der Vorwurf gemacht, daß die Ergebnisse der Konfliktaustragung lediglich auf den Einsatz der Polizei zurückzuführen seien.



Dazu einige Beispiele: Die Auseinandersetzung um Kernenergie ist in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten innenpolitischen Konfliktfeldern geworden und droht zur Zeit das bisherige Parteiensystem zu sprengen.

Leidtragende dieser Konflikte um Kernenergie "ja oder nein" waren lange Zeit die Polizeibeamten. Sie hatten die Aufgabe, Baustellen gegen den unrechtmäßigen Zugriff durch Demonstranten zu schützen oder durch geeignete Maßnahmen im Vorfeld der Demonstration das Potential an Gewalttätigkeit zu verringern. Weil es die Politiker versäumt hatten, uns alle auf diese auf uns zukommenden Konflikte rechtzeitig vorzubereiten und diese Konflikte auch selbst auszutragen, mußten Polizeibeamte in den öffentlichen Auseinandersetzungen für Versäumnisse der Politik insgesamt herhalten.

Inzwischen haben alle Beteiligten aus diesen Auseinandersetzungen gelernt: Die Politiker haben vor allen Dingen gelernt, daß die im Rahmen der politischen Auseinandersetzung aufgestellten Gleichungen "Kernenergie gleich Polizeistaat" der Polizei bei der Bewältigung ihres gesetzlichen Auftrages nicht hilft, sondern ihr schadet. Derartige ideologisch motivierten Verleumdungen verdrehen bewußt den Auftrag der Polizei und drohen, künstliche Barrieren zwischen Bürger und Polizei zu schaffen.

Diejenigen Polizeibeamten die bei derartigen gewaltsamen Auseinandersetzungen eingesetzt werden, sind keine Büttel der Kernenergiewirtschaft. Es ist nicht die Polizei, die bestimmt, ob ein Kernkraftwerk geplant, gebaut und geschützt wird. Hierfür gibt es Regierungen mit ihren Verwaltungen, es gibt Parlamente und nicht zuletzt die Gerichte. Die Entscheidungen der Gerichte zu respektieren und ihnen zur Durchsetzung zu verhelfen, ist und bleibt Auftrag der Polizei im demokratischen Rechtsstaat und hieran dürfen wir nicht rütteln.

Wie absurd die Behauptung ist, die Polizei sei lediglich ein Büttel wirtschaftlicher Interessen, zeigt ein weiteres Beispiel! Als vor gut einem Jahr an Rhein und Ruhr der erste Stahlarbeiterstreik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stattfand, verhielt sich die Polizei neutral. Hier mußten sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer ihre ersten Erfahrungen mit Streikauseinandersetzungen sammeln. Es war nicht die Aufgabe der Polizei, an den Werkstoren die Streikposten zu vertreiben, um den Arbeitnehmern, die nicht am Streik teilnehmen wollten, die Arbeit zu ermöglichen. Nein, die Polizei ist als Streikbrecher nicht zu mißbrauchen. Im Gegenteil, zunehmend organisieren sich die Polizeibeamten als Arbeitnehmer gewerkschaftlich, um ihre beruflichen Interessen besser vertreten zu können. Dies halte ich in einem demokratischen Staat auch für eine Selbstverständlichkeit. Die große Bereitschaft der Polizeibeamten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und damit als Arbeitnehmer das Vorhandensein sozialer Konflikte anzuerkennen, unterscheidet diese moderne, demokratische Polizei von ihren Vorgängern.

Wie abwegig es ist, der Polizei zu unterstellen, daß sie immer auch die Interessen einer am Konflikt beteiligten Partei vertritt, deren verfassungsmäßige Rechte sie zu schützen hat, wird deutlich an Auseinandersetzungen um den Rechtsradikalismus. Seit Jahren beobachten wir einen systematischen Verfall der mitgliederstärksten rechtsradikalen Partei, der NPD. Wahlveranstaltungen oder auch Parteitage dieser nicht verbotenen Partei müssen regelmäßig, wenn diese Veranstaltungen überhaupt von den Veranstaltern durchgeführt werden, durch starke Polizeikräfte vor Demonstranten geschützt werden. Der im Rahmen dieser Auseinandersetzungen eingesetzte Polizeibeamte identifiziert sich nicht dadurch mit einer rechtsradikalen Partei, daß er seiner Aufgabe nachkommt, und die an diesem nicht mehr friedlich ausgetragenen politischen Konflikt Beteiligten auseinanderhält. Dies gilt natürlich im gleichen Maße, wenn linksexremistische Veranstaltungen gegen rechtsradikale Demonstranten geschützt werden müssen.



Die absolute inhaltliche Neutralität der Polizei bei politischen Konflikten ist die Anwendung unserer Verfassung in der Praxis. Wenn es in der Demokratie im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen endgültige, unabänderliche Wahrheiten nicht mehr gibt, dann können und dürfen die staatlichen Organe auch nicht Partei sein.

Gustav Heinemann hat dazu gesagt:

"Diese Ordnung ist gewiß kein Heilsplan, sondern wie alles irdische Tun nur unvollkommenes Menschenwerk. Es gehört sogar zum Wesen freiheitlicher demokratischer Ordnung, daß sie von keinem Zustand behauptet, er stimme mit dem Ideal überein. Es wäre ein Ende aller Politik, wenn Bestehendes nur noch verwaltet, aber nicht mehr verbessert würde."

Unter dem Gesichtspunkt "Die Rolle der Polizei im politischen Konflikt" ist auch eine Anmerkung zum Wahljahr 1980 zu machen.

Ich sehe die große Gefahr, daß die zu beobachtende zunehmende Konfliktsvielfalt, die zunehmende Polarisierung und die mit den Auftritten der beiden Spitzenkandidaten der Parteien verbundenen Sicherheitsmaßnahmen von ideologisch motivierten Kräften genutzt werden, um so verstärkt unfriedliche Abläufe zu provozieren. Es soll dadurch ein Beleg geschaffen werden, daß sich die Bundesrepublik im Übergang von Rechts- und Polizeistaat befindet.

All jene, die dieses tun, tun es wider besseres Wissen. Sie können oder wollen es vielleicht nicht begreifen, daß die Polizei im demokratischen Rechtsstaat nicht als Macht-Instrument des Staates zur Konfliktunterdrückung eingesetzt wird. Im Gegenteil: Es ist aus der Verfassung ableitbarer Auftrag der Polizei, die verschiedenen Konflikte in unserer Gesellschaft immer wieder auf den verfassungsmäßigen Boden zurückzuführen, wenn das Gebot der Friedlichkeit der Auseinandersetzung verletzt wird. Die Polizei bleibt in der Sache, in der Frage des Konfliktgegenstandes neutral. Dazu haben Polizeibeamte als Bürger dieses Staates ihre eigenen Auffassungen.

Zur Frage der verfassungsmäßigen Ordnung und den Spielregeln der Demokratie hingegen ist und soll die Polizei in unserem demokratischen Rechtsstaat Partei sein. Denn hierin unterscheidet sich unter anderem der demokratische Rechtsstaat von dem kaiserlichen Deutschen Reich.

(-/ 8.4.1980/hi/ca)



"Gemeinsam planen - gemeinsam handeln"

Eine bundesweite Aktion zur Schulwegsicherung

Von Erhard Mahne MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium

Für viele Eltern stellt sich täglich von neuem die Frage: Kommt mein Kind sicher zur Schule und sicher wieder nach Hause zurück. Die Sorgen sind begründet. Denn der ständig wachsende Straßenverkehr, der schon für die erwachsenen Verkehrsteilnehmer eine spürbare Belastung bedeutet, stellt Kinder vor fast unüberwindliche Probleme. Wissenschaftliche Untersuchungen haben dies eindeutig bewiesen. Das gilt besonders für den Schulweg, der meist während der Verkehrsspitzen zurückgelegt werden muß.

1978 verunglückten 66.691 Kinder im Alter unter 15 Jahren bei Straßenverkehrsunfällen. Dabei kamen 1.245 Kinder ums Leben. Ein erheblicher Teil der Unfälle ereignete sich auf dem Weg zur oder von der Schule.

Obwohl diese Zahlen 1979 weiter zurückgegangen sind (in den ersten zehn Monaten lag die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder unter 15 Jahren um 7,4 Prozent niedriger, die der getöteten Kinder sogar um 15,6 Prozent niedriger als im Vorjahr), verpflichten sie uns, den Schutz der Kinder im Straßenverkehr als eine sehr ernste und vordringliche Aufgabe anzusehen.

Dabei gibt es unterschiedliche Ansatzpunkte: Die Verkehrserziehung im Elternhaus, Kindergarten und Schule, die Aufklärung der erwachsenen Verkehrsteilnehmer über die typischen Eigenschaften und Verhaltensweisen der Kinder und - als Ergänzung dazu - die Sicherung der Schulwege selbst. Mit ihr wollen wir die Schulwege so gestalten und sichern, daß mögliche Gefahren für die Kinder von vornherein ausgeschaltet werden.

Neue wissenschaftliche Untersuchungen über das Kind im Straßenverkehr haben bewiesen: Kinder sind auf Grund ihrer Entwicklung und ihrer Fähigkeiten besonders gefährdet. Sie handeln spontan und nicht gefahrenbewußt.



Diese typischen kindlichen Eigenschaften ändern sich nur langsam. Das verkehrsgerechte Kind ist eine Utopie. Deshalb muß die Verkehrsplanung darauf Rücksicht nehmen und die Schulwege kindgerecht planen und gestalten.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse hat die Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln im Auftrag des Bundesministers für Verkehr ein Schulwegsicherungsprogramm entwickelt, das inzwischen unter dem Motto "Gemeinsam planen - gemeinsam handeln" bundesweit in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und zahlreichen Städten und Gemeinden durchgeführt wird.

In den Jahren 1978 und 1979 hat der Bundesminister für Verkehr dafür 2,6 Millionen DM eingesetzt, 1980 werden es weitere 1,1 Millionen DM sein.

Mit diesen Mitteln wurden im gesamten Bundesgebiet interessierte Mitbürger aus verschiedenen Berufen zu Experten für Schulwegsicherung ausgebildet. Zur Zeit sind bereits über 1.000 dieser sogenannten "Moderatoren" im Einsatz. Ihre Aufgabe ist es, Eltern, Lehrer und zuständige Fachleute in örtlichen Veranstaltungen mit den Gedanken der Schulwegsicherung vertraut zu machen und sie über die praktischen Möglichkeiten zur Gestaltung sicherer Schulwege zu informieren.

Zur Unterstützung des Schulwegsicherungsprogramms und zur Information möglichst vieler Bürger über die Situation der Kinder im Straßenverkehr wird außerdem eine Wanderausstellung des Bundesministers für Verkehr auf zehn großen Verbraucherausstellungen und einigen Sonderveranstaltungen eingesetzt.

In die Bemühungen zur Sicherung der Schulwege sind auch Möglichkeiten zur Verbesserung des Schulbusverkehrs einbezogen. Sie richten sich insbesondere auf die Anlage und Kennzeichnung der Schulbushaltestellen und die Qualität der Schulbusbeförderung. Die damit zusammenhängenden Probleme und Fragen werden laufend mit den zuständigen Obersten Landesbehörden erörtert. Befriedigende Lösungen sind allerdings weitgehend von den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Kostenträger abhängig.

(-/ 8.4.1980/ks/gat)

+ + +



Die Unfähigkeit überwinden

Europas Verkehrsminister müssen eine moderne Politik durchsetzen

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Fachminister der neun EG-Staaten treffen sich mehr oder weniger regelmäßig zu Sitzungen. Im Ministerrat der EG haben sie Verpflichtungen übernommen, um die Integration der Europäischen Gemeinschaft voranzutreiben. Im Bereich der Verkehrsminister gibt es starke Zweifel, ob es in der Vergangenheit gelungen ist, neben kleinen Schritten auch den "Großen Wurf" zu erreichen.

Der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments bezweifelt, daß es auf der Ebene des Ministerrates (Verkehr) eine Gesamtkonzeption darüber gibt, wie eine europäische Verkehrspolitik auszusehen hat. Er wartet seit Jahren, daß eine solche Konzeption entwickelt wird mit ebenso genau festgelegten Prioritäten. Natürlich weiß man, daß die notwendigen Mittel selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden müßten. Darüber hinaus hat das Europäische Parlament verschiedentlich, zuletzt im Jahr 1979, eine sehr umfassende Übersicht darüber erarbeitet, was nach seiner Meinung im Verkehrsbereich innerhalb der EG getan werden müßte. Leider sind diese Vorstellungen des Parlaments - wie so viele andere auch - im Ministerrat hängengeblieben und von den neun Regierungen bestenfalls zur Kenntnis genommen, aber nicht als praktische Politik verabschiedet worden.

Einzelne verantwortliche Minister, zum Beispiel Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle, denken so oder ähnlich und bemühen sich, die mühsame Prozedur auf sich zu nehmen, europäische Verkehrspolitik zu formulieren und in die Tat umzusetzen. Diese Bemühungen sind noch nicht allzuweit vorangeschritten, wengleich auch nicht verkannt werden darf, daß sicherlich auch kleine Bereiche für die Verkehrspolitik von Bedeutung sein können.

Der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments und insbesondere sein Vorsitzender wissen, daß nicht nur weitab von der Heimat Forderungen erhoben, sondern diese auch im nationalen Bereich durchgesetzt werden sollten. Deshalb ist angeregt, die Beziehungen des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments zu den Verkehrsausschüssen der nationalen Parlamente in Gang zu bringen. Ziel soll sein, über eine einheitliche Verkehrspolitik nachzudenken und dann, wenn Übereinstimmung erzielt werden kann, auch die gemeinsamen Forderungen in die nationale Politik einfließen zu lassen.

Die erste Reaktion ist gut. Der französische Senat hält eine derartige Zusammenarbeit für nützlich und wünschenswert. Auch im italienischen Senat wird großer Wert auf ein Treffen mit den europäischen Verkehrspolitikern gelegt. Der Verkehrsausschuß des Bundesrates aus der Bundesrepublik Deutschland hat sich ebenfalls für eine solche Zusammenarbeit ausgesprochen. Andere Verkehrsausschüsse in den anderen Ländern prüfen und werden sich in Kürze vermutlich positiv äußern.

Dies läßt hoffen, daß zum ersten Mal eine Zusammenkunft von Verkehrspolitikern aus den neun EG-Ländern möglich ist, die kein Ministeramt haben und innerhalb des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, Verantwortungen für Europa auf diesem Bereich zu übernehmen bereit sind.

Es geht in der europäischen Verkehrspolitik um die Suche nach einer gemeinsamen neuen und modernen Politik. Und hierbei scheint es notwendig, daß alle geistigen Kräfte und Gedanken zusammengefaßt werden müssen, um die gegenwärtige Unfähigkeit, zu Entscheidungen zu kommen, zu überwinden.

(-/8.4.1980/ka/ben)

+ + +

